

# **Grundsatzprogramm**

**der Partei**

**Demokratische Unabhängige Wählervereinigung (DUW)**

**Index.....Seite 1**

**Präambel.....Seite 2**

**I.Europapolitik.....Seite 3-5**

**II.Wirtschafts- und Sozialpolitik.....Seite 6-9**

**III.Familien-Jugend- und Seniorenpolitik----Seite 10-11**

**IV.Bildungspolitik.....Seite 12-13**

**V.Innere Sicherheit.....Seite 14-17**

## **Präambel**

Die DUW ist ein demokratischer und sozialer Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die politische Verantwortung übernehmen. Sie spricht Menschen an, die sich dem Wohl der Gesellschaft und sozialer Gerechtigkeit verpflichten wollen.

Wir treten mit Mut und Entschlossenheit für wahre Demokratie, mehr Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung auf allen politischen Ebenen, auch in den Kommunen, und ein soziales, solidarisches und friedliches Deutschland und Europa ein.

Wir rufen unsere Mitmenschen dazu auf, sich zu empören, politisch aktiv zu werden und aufzustehen. Denn wir alle, das Volk können etwas bewegen, wir können etwas verändern, wir können Politik aktiv mitgestalten und Geschichte schreiben- wenn wir nur wollen-. Das einzige, was wir dafür brauchen, ist Mut. Mut dazu entschlossen zu sein, und für unsere demokratischen und sozialen Rechte einzustehen! Nicht wir, die Bevölkerung, sind für die Politiker da- die Politiker sind für uns da, sollen uns dienen und unsere Interessen vertreten. Und wenn sie das nicht tun, dann müssen wir alle sie dazu bewegen- durch mutigen und machtvollen Protest, durch Aktivitäten und Kreativität. Die DUW appelliert daher an alle:  
Mischt euch ein und verhindert, dass andere über euch bestimmen!

Wir, die Mitglieder der DUW, engagieren uns politisch, um dazu beizutragen, dass ein längst Überfälliger und grundlegender Politwechsel stattfindet. Der neoliberale Umbau der Gesellschaft muss gestoppt, der Einfluss der Wirtschaftslobbyisten auf die etablierte politische Kaste gebrochen werden. Es muss endlich eine volksnahe Politik betrieben werden, welche sich am Wohle der Bevölkerung orientiert - und nicht wie bisher primär am Wohlergehen der privaten Finanzwirtschaft sowie der oberen Einkommenschichten.

Zum Zwecke der Umsetzung der in dieser Präambel festgelegten Ziele haben wir uns in der DUW zusammengefunden, und uns das folgende Programm gegeben.

# I. Europapolitik

## **Für ein Europa der Menschen, nicht der Banken!**

**Wir sind der festen Überzeugung: Die real existierende EU ist nicht das vereinigte Europa, welches sich politische Visionäre jahrhundertlang erträumt haben.**

Die EU ist nicht das Europa der Europäer, sondern das Europa der Bürokraten, Großkonzerne und Supereichen. Sie ist ein Instrument, welches von interessierten Kreisen aus etablierter Politik, dem Bankensektor und der Wirtschaft zur Radikalisierung und weiteren Entfesselung des Kapitalismus genutzt wird, und das somit den europäischen Ländern und Bevölkerungen nicht dient, sondern ihnen großen Schaden zufügt und aktiv gegen deren ökonomischen und sozialen Interessen handelt. Die EU spielt zur Durchsetzung der Spezialinteressen der Wirtschaftsmächtigen einzelne europäische Länder und Bevölkerungen gezielt gegeneinander aus, und spaltet Europa, anstatt es zu vereinen. Sie erzeugt somit Europa- und Politikverdrossenheit und führt ihren eigenen offiziell erhobenen Anspruch, versöhnend und vereinigend zu wirken, selbst ad absurdum.

Die EU weist massive Demokratiedefizite auf. Eine Verbesserung dieser Situation ist nicht absehbar. Wir wollen eine Demokratisierung der EU. Eine Verlagerung weiterer nationalstaatlicher Befugnisse und Hoheitsrechte an die EU lehnen wir ab. Denn wir wollen eine Europäische Union, die Demokratie und nationalstaatliche Souveränität nicht zugunsten der Finanzmärkte aufgibt. Wir weisen daher alle Angriffe auf die Demokratie in Europa, etwa durch die Ermöglichung von Durchgriffsrechten europäischer Gremien auf die nationalstaatlichen Haushalte entschieden und uneingeschränkt zurück.

EU-Parlament und EU-Kommission müssen einer weitaus effektiveren demokratischen Kontrolle durch die Bevölkerung der einzelnen Mitgliedsländer unterworfen werden.

Wir erstreben eine EU, welche sich gemäß des Prinzipes der Subsidiarität auf die ihre originär zukommenden Aufgaben beschränkt, und welche nicht dem Gleichschaltungs- und Normierungswahn verfallen ist und den Menschen einheitlich vorschreibt, wie sie sich zu ernähren, zu sprechen, zu kleiden und ihr Leben zu gestalten haben.

Kernaufgabe eines solchen Europas wäre die Koordination einer wirklichen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die Zusammenarbeit im Forschungssektor, insbesondere im Bereich der Zukunftstechnologien und die ökonomische Koordinierung zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten. Auch der soziale Ausgleich innerhalb Europas muss wichtige Aufgabe der EU sein. Ein Ausgleich nicht zulasten der Bevölkerung der relativ Wohlhabenden europäischen Ländern, sondern zugunsten der weniger wohlhabenden Mitgliederstaaten der EU.

Im Bereich der gemeinsamen Forschungspolitik ist die Kooperation im Luft- und Raumfahrtbereich als beispielgebend zu würdigen. Die Arbeit der europäischen Raumfahrtagentur ESA ist positiv zu bewerten. Zusammenarbeit europäischer Firmen, wie zum Beispiel im Airbus-Konsortium sind zu befürworten. Nötigenfalls sind diese zu subventionieren, um ein unabhängiges europäisches Hochtechnologie-Potential dauerhaft zu erhalten.

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und ihre konkrete organisatorische Struktur sollen Europa unabhängig von anderen Machtblöcken, Bündnissen und Staaten machen. Die NATO muss überwunden werden, die EU-Länder sollen aus ihr austreten. Die Bundeswehr soll der Landesverteidigung dienen, Auslandseinsätze lehnen wir ab.

Aufgabe dieser Politik muss auch die Wahrung des staatlichen Gewaltmonopols sein, privaten Söldnerfirmen ist ein Operieren auf dem Gebiet der EU zu untersagen, die EU darf sich ihrer außerdem in keinsten Weise bedienen. Dieses ist durch entsprechende europäische Erlasse, Normen und Gesetze sowie intergouvernementalen Vereinbarungen zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten sicherzustellen.

Wir erstreben ein völlig anderes, ein besseres Europa – ein soziales, solidarisches und friedliches Europa, ein demokratisch legitimes Europa, das sich nicht von außereuropäischen Mächten dominieren lässt, welches aber auch nicht versucht, andere Länder und Regionen zu dominieren oder zu bevormunden.

Wir wollen eine Europäischen Union ohne Armut und Diskriminierung von sozial benachteiligten Menschen, eine EU, in welcher gut entlohnte und sozial abgesicherte Arbeit und ein Leben in Würde für alle sichergestellt sind. Sozialstaatlichkeit muss zu den zentralen Werten und Zielen der EU gehören und Priorität bei der Umsetzung aller EU-Politiken haben.

Wir wollen eine Europäische Union, die nicht länger Instrument des Neoliberalismus ist, sondern auch andere wirtschaftliche Konzepte akzeptiert, welche den öffentlichen Sektor nicht weiter abbaut und flexibilisiert und auch öffentliches Eigentum an Wirtschaftsunternehmen akzeptiert. Die Wirtschaftspolitik der EU soll sozialen Fortschritt befördern. Notwendig sind dafür mehr öffentliche Investitionen, eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik und eine Stärkung der Binnenwirtschaft. Die EU darf keinen neoliberalen Freihandelsextremismus forcieren, welcher sowohl nichteuropäischen Staaten und Bevölkerungen schadet, als auch den Europäern. Der sogenannte Stabilitäts- und Wachstumspakt muss umgehend abgeschafft werden.

Die Europäische Zentralbank muss demokratisch besser kontrolliert werden. Sie darf nicht nur die Preisstabilität dienen, sondern muss auch auf Beschäftigungsförderung ausgerichtet werden. Sie darf weder ganz noch teilweise privatisiert werden.

Die EU muss einschneidende, rasche und effektive Maßnahmen zur optimierten Kontrolle des Finanzsektors unternehmen. Die Mitgliedsstaaten müssen selbstverständlich jederzeit befugt sein, auch im nationalstaatlichen Rahmen solche Maßnahmen zu treffen beziehungsweise von der EU getroffene Maßnahmen zu ergänzen oder zu verschärfen oder zu verschärfen, sofern sie die Möglichkeit dazu haben.

Die Trockenlegung von Steueroasen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Europäischen Kontinents muss tagespolitische Aufgabe und ein zentrales Ziel der EU-Politik sein.

Die EU sollte sich im Bewusstsein ihrer globalen Verantwortung mehr Entwicklungshilfe leisten.

## II. Soziales- und Wirtschaft

### **Für eine gerechte Wirtschaftsordnung, die dem Menschen dient!**

Wir gehen davon aus, dass der Mensch im Mittelpunkt jeder Wirtschaftsordnung stehen muss. Nicht der Mensch hat der Wirtschaft, die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen.

In diesem Zusammenhang lehnen wir einen Abbau des Sozialstaates und die neoliberale Entfesselung des Marktes ab. Die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche stößt auf unseren klaren politischen Widerstand. Ein rasches und konsequentes Umsteuern ist erforderlich. Die soziale Marktwirtschaft muss wieder hergestellt, der akute marktradikale Turbokapitalismus ist der falsche Weg.

Die Haushaltslage des Staates ist nicht optimal. Dieses wird durch ein massives Einnahmeproblem verursacht.

Banken, Großkonzerne und Superreiche zahlen kaum noch beziehungsweise in vielen Fällen gar nicht mehr in die Staatskasse ein, erhalten aber daraus Subventionen. Banken, welche sich verspekuliert hatten, mussten auf Kosten der Steuerzahler mit hohen Milliardenbeträgen gerettet werden. Dieses zwang den Staat neue Schulden bei den Banken aufzunehmen. Die Behauptung Staatsschulden müssen unbedingt beglichen werden, erweist sich in diesem Zusammenhang als irreführende Täuschung.

Vielmehr stehen die Banken in der Pflicht, etwas zum Gemeinwohl beizutragen und Schulden zu erlassen. Wenn sie sich aus Profitstreben dieser Pflicht entziehen, so müssen sie gesetzlich dazu gezwungen werden. Denn nicht wir leben auf Kosten der Banken- die Banken leben auf unsere Kosten, indem sie sich in Krisenfällen mit Steuergeldern retten lassen und andererseits dem Staat nicht genug Steuern zahlen.

Generell ist es notwendig, die Macht der Großbanken, von welcher sie destruktiven und egoistischen, gemeinwohlgefährdenden Gebrauch gemacht haben, massiv einzuschränken.

**Wir fordern zu diesem Zweck folgende konkrete Maßnahmen:**

\* die strikte Trennung von Geschäftsbanken und Investmentbanken

\* eine verschärfte staatliche Bankenaufsicht

\* eine Einschränkung des Bankgeheimnisses

\* eine schärfere Kartellaufsicht

Die Einkommen von Bankmanagern sind gesetzlich auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen.

Die konkreten personellen Besitzverhältnisse der Banken müssen lückenlos offengelegt werden. Wir fordern ein entsprechendes Informationsfreiheitsgesetz .

Um unlautere Einflussnahmen der Banken auf politische Entscheidungen, die Auswahl politischen Personals und die inhaltliche Ausrichtung von Parteien und ihren Vorfeldorganisationen effektiv zu verhindern, ist die Möglichkeit der Parteispenden von Banken massiv einzuschränken, nach Möglichkeit vollständig abzuschaffen.

Es ist gesetzlich sicherzustellen, dass Politiker nach dem Ausscheiden aus dem Amt keine Positionen bei Banken, Vorfeldorganisationen von Banken und Firmen mit großer Eigentumsbeteiligung von Banken annehmen dürfen.

Auch müssen Möglichkeiten gefunden werden, hohe Geldzahlungen von Banken und anderen Unternehmen an Politiker, zum Beispiel als sogenanntes Honorar für Vorträge, gesetzlich zu unterbinden.

Banken, welche im Rahmen von Finanzkrisen verstaatlicht wurden, sind nicht wieder zu privatisieren. Der Staat sollte zudem Anteile an privaten deutschen beziehungsweise in Deutschland tätigen Großbanken erwerben. Das daraus resultierende Stimmrecht ist zur gesellschaftlichen Kontrolle der Banken und zur effektiven Verhinderung riskanter Finanzoperationen zu nutzen.

Um die völlig außer Kontrolle geratenen internationalen Finanzmärkte zu bändigen, ist unseres Erachtens die Einführung einer Steuer auf Devisentransaktionen notwendig (sogenannte Tobin-Steuer, welche Währungsspekulationen unattraktiver macht und somit erschwert).

In der Wirtschaftspolitik muss eine konsequente Abkehr von allen neoliberalen Ansätzen erfolgen. Durch eine Massenkaufkraft stärkende, Nachfrage orientierte Wirtschaftspolitik sind Wohlstand und eine positive ökonomische Entwicklung sicher zu stellen.

Die betrieblichen Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer sind deutlich zu erweitern. Außerdem sind Arbeitnehmer, welche in Großkonzernen beschäftigt sind, am Gewinn ihres Unternehmens in angemessener Form zu beteiligen.

Die Arbeitszeit ist mittelfristig bei vollem Lohnausgleich zu verkürzen. Der Trend zur ständigen Beschleunigung aller Arbeits- und Lebensverhältnisse muss gestoppt werden. Die ständig zunehmende Zwangsflexibilisierung der Arbeitsplätze muss ebenfalls beendet werden. Arbeitnehmer haben nicht nur das Recht auf Mobilität, sondern auch ein Recht auf Heimatverbundenheit. Ständige berufsbedingte Zwangsumzüge sind Ausdruck eines entfesselten Arbeitsmarktes, den wir nicht länger wollen. Des Weiteren haben Arbeitnehmer ein Recht darauf, nicht ständig erreichbar sein zu müssen. Auch um Selbstausbeutung in diesem Zusammenhang zu verhindern, treten wir für entsprechende arbeitsrechtliche Regelungen in Bezug auf diesen Bereich ein.

Es gibt unter den Armen in unserer Gesellschaft, Menschen welche arm sind, obwohl sie arbeiten. Die Ursache dafür liegt darin, dass sie gezwungen sind, im Niedriglohnsektor für wenig Geld lange und hart zu arbeiten und dabei ungenügend sozial abgesichert sind. Dieser Skandal muss beendet werden. Der Niedriglohnsektor ist zurückzudrängen und zu überwinden. Befristete Beschäftigung, Leiharbeit und Werkverträge sind schrittweise immer weiter einzuschränken. Wir fordern einen bundeseinheitlichen Mindestlohn von mindestens 16.00Euro. Grundsätzlich ist anzumerken, dass der Arbeitsmarkt kein Markt im herkömmlichen Sinne sein darf. In ihm verwirklichen Menschen Lebensentwürfe und entfalten ihre Persönlichkeit. Dieser Raum muss ihnen gelassen werden. Deswegen bedarf der Markt staatliche Regulierung. Alles dem Spiel von Angebot und Nachfrage zu überlassen heißt, die besondere Bedeutung von Arbeit für den Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes, prinzipiell in Frage zu stellen.

Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die Benachteiligung von Frauen, welche sich noch allzu oft findet, muss durch konkrete gesetzgeberische und tarifpolitische Maßnahmen konsequent überwunden werden.

Wir fordern eine gerechte Besteuerung hoher Vermögen.

Die Vermögensteuer ist wieder einzuführen. Zudem ist eine einmalige Vermögensabgabe für große Vermögen einzuführen. Bei all diesen Maßnahmen ist streng darauf zu achten, dass sie in der Tat ausschließlich große Vermögen treffen, und nicht Arbeitnehmer und Beamte mit Immobilieneigentum oder kleine Gewerbetreibende. Die zusätzlichen Einnahmen, welche aus einer gerechten Besteuerung von Reichen, Großkonzernen und Banken resultiert werden, sind auch zur Förderung kleiner und mittelständischer Betriebe zu verwenden. Auch sind bestimmte Subventionen sinnvoll, wenn sie im objektiven gesellschaftlichen Interesse liegen und Arbeitsplätze erhalten.

Nur wenn Steuerlasten gerecht und solidarisch verteilt werden, wird es dem Staat ermöglicht Gerechtigkeit herzustellen und aktive gesellschaftliche Teilhabe für Alle zu gewährleisten. Es gibt zu einer solchen solidarischen, angemessen umverteilenden und sozial orientierten Politik keine gesellschaftlich verantwortbare Alternative.

Anstatt Erwerbslose zu diffamieren und zu schikanieren, muss die Politik dafür Sorge tragen, dass menschenwürdige und gut bezahlte Arbeitsplätze, welche dauerhafte berufliche Sicherheit bieten, geschaffen werden. Das Bürgergeld ist zu erhöhen und an die Inflation und Mindestlohnsteigerungen anzupassen. Sanktionen lehnen wir ab.

Wir wollen kleine und mittlere Betriebe aktiv fördern.

Wir treten dafür ein, vor allem das Kleingewerbe stärker als bisher zu fördern. Dieses kann zeitweise durch Gewährung steuerlicher Entlastungen geschehen, weil die dadurch resultierenden Mindereinnahmen durch eine gerechte Besteuerung großer Vermögen und von Banken und Konzernen mehr als ausgeglichen würden.

# **III. Familien- Jugend- und Seniorenpolitik**

## **Familien stärken- Solidarität zwischen den Generationen fördern**

### **Gliederung:**

#### **1.Familie und Jugend**

#### **2.Senioren**

##### **1.Familie und Jugend**

Unsere Partei fordert alle im Jugendbereich involvierte Organisationen (Jugendamt, Vereine, usw.) auf, den Fokus auf die tatsächlichen Probleme und Bedürfnisse der Jugendlichen zu lenken. Besonders gute Arbeit in diesem Bereich muss honoriert und entsprechend, auch finanziell, gefördert werden. Nur dann können diese Organisationen möglichen Fehlentwicklungen erfolgreich präventiv entgegenwirken. Auch sollten die Kommunen in ihren Städten und den einzelnen Stadtbezirken Jugendparlamente einrichten, sie vermitteln Jugendlichen gesellschaftliche Wertschätzung und Teilhabe und stärken ihr Verantwortungsgefühl für das Gemeinwesen.

##### **2.Senioren**

Für die Zukunft ist eine Zunahme des Seniorenanteils an der Gesamtbevölkerung zu erwarten. Die bisherige Entwicklung zeigt, dass sich das Bild der Senioren stark verändert hat. Vermehrt treffen wir auf aktive, mobile und engagierte ältere Menschen, die ihr Leben weitestgehend selbstständig gestalten. Sie verfügen übergreifende Potentiale und Ressourcen. Wir wollen die Potentiale der Senioren in die gesellschaftliche Gestaltung mit einbeziehen. Entsprechend ihrer Fähigkeiten können sie in vielen Bereichen ehrenamtlich tätig werden, zum Beispiel im Rahmen von Bildungspatenschaften zwischen Schulen, Betrieben mit Auszubildenden und Einrichtungen der Altenhilfe. Diese ehrenamtliche Tätigkeit ist zu fördern und anzuerkennen.

Weiterhin muss das Angebot der städtischen Begegnungsstätten einer Prüfung unterzogen werden, inwieweit die Angebotspalette noch zu erweitern ist.

Der Anteil der über 80-jährigen wird stetig steigen. Hieraus ergeben sich zahlreiche Aufgaben besonders für die kommunale Altenpolitik, wie die Schaffung und der Ausbau flexibler Angebote zur Sicherstellung der eigenen Versorgung und Wohnungspflege, Wohn- und Pflegeberatung.

Ist die ambulante Versorgung beziehungsweise die häusliche Pflege nicht mehr gewährleistet, bleibt als Alternative nur die Unterbringung in einer Pflegeeinrichtung. Damit verlieren die Betroffenen nicht nur ihren angestammten Wohn- und Lebensraum, sondern auch ihre ursprünglichen sozialen Kontakte. Vor allem aber bedeutet dieses auch einen tiefen Eingriff in die Privat- beziehungsweise Intimsphäre durch die Unterbringung in einem Doppelzimmer.

Gemäß dem Grundsatz „Daheim statt Heim“ sind professionelle häusliche Pflege- und Unterstützungsdienste so auszubauen, dass sie auch mit geringem Einkommen bezahlbar sind und Pflegebedürftige so lange wie nur möglich in ihrer häuslichen Umgebung verbleiben können. Des Weiteren müssen den Betroffenen folgende Rechte eingeräumt werden:

- a. Selbstbestimmung bei der Auswahl eines Platzes in einer Pflegeeinrichtung
- b. Ein Rechtsanspruch auf ein Einzelzimmer
- c. Das Recht auf Wahl einer Pflegekraft des eigenen Geschlechts

Die aufgeführten Maßnahmen werden unserer Ansicht dazu beitragen, einen „Konflikt der Generationen“, welcher von etablierter Politik und manchen Medien herbeigeredet wird, zu verhindern und stattdessen einen solidarischen und von gegenseitigem Respekt geprägten Umgang von Jung und Alt fördern und somit zum gesellschaftlichen Frieden beitragen.

## **IV. Bildungspolitik**

### **Bildung ist keine Ware**

Gute Bildung und Wissen sind die Voraussetzungen für eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft. Es muss unser Bestreben sein, allen Menschen diese Ressourcen zugänglich zu machen.

Bildung fängt bereits im Kindergarten an. Die U3-Betreuung muss qualitativ weiter ausgebaut werden. Die deutsche Sprachförderung für Migrantenkinder in den Kindergärten und Kindertagesstätten muss weitergeführt und weiterentwickelt werden. Für Kinder mit Migrationshintergrund bedeuten die deutschen Sprachkenntnisse die Teilhabe am Unterricht. Um den gestiegenen Anforderungen im Vorschulbereich (Kindertagesstätten, Familienzentren) gerecht zu werden, ist es ein Erfordernis, das Berufsbild der Erzieher/in dem neuen Anforderungsprofil anzupassen. Der Bildungsauftrag gilt auch für Kitas und diese müssen daher gebührenfrei sein.

Wir wollen ein durchlässiges Schulwesen und lehnen es ab, dass Eltern nichtmehr darüber mitentscheiden können, welche Schulform ihr Kind nach der Grundschule besuchen soll.

Wir fordern ein Abitur, welches der Tatsache gerecht wird, dass Talente, Stärken und Neigungen oftmals ungleich verteilt sind und es wenige Schüler gibt, welche sowohl in mathematischen als auch geisteswissenschaftlichen und musischen Fächern eine gleiche Begabung aufweisen. Es muss möglich sein, die Fächerkombination im Abitur so zu gestalten, dass sie den besonderen Interessen und Neigungen der Abiturienten und ihrem späteren Studienwunsch entspricht. Ziel des Abiturs kann es nicht sein, beispielweise exzellenten Mathematikern den Hochschulgang zu verwehren, weil sie in den Anderen Gebieten Defizite aufweisen. Dieses würde sich zudem sehr schädigend auf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft auswirken.

Wir befürworten es, dass auch Personen ohne herkömmliche Hochschulzugangsberechtigung die Möglichkeit eines Studiums eingeräumt wird. Das Meister-Studium, welches es Meistern ihres Fachs ermöglicht, an einer Universität zu studieren, wird von uns sehr positiv beurteilt. Es ist auszubauen.

In diesem Zusammenhang befürworten wir es ebenfalls, dass Fachkräften, welche gute Leistungen auf ihrem spezifischen Gebiet vorzuweisen haben, die Möglichkeit eines Studiums in ihrer Fachrichtung eingeräumt wird.

Um vor dem Hintergrund des auch durch den demographischen Wandel bedingten Rückgangs der Schülerzahlen Schulschließungen zu vermeiden, sollen Verbundschulen dazu beitragen, Schulstandorte wohnungsnah zu

erhalten. Dieses bedeutet, dass eine Schule nicht aufgelöst, sondern mit einer anderen Schule fusioniert und als Zweigstelle erhalten bleibt.

Studiengebühren lehnen wir ab. Sie dürfen nicht wieder eingeführt werden.

Hochschulen sind keine Unternehmen und sollen dieses auch nicht werden. Die Selbstverwaltung der Hochschulen ist wiederherzustellen. Bildung ist Staatsaufgabe und muss staatlich finanziert werden. Die Hochschulen müssen frei von ökonomischen Interessen forschen und lehren können. Hochschulräte, welche Konzerne und Wirtschaftslobbyisten Einfluss auf Universitäten verschaffen, sind abzuschaffen. Das Bafög sollte nicht mehr als Darlehen, sondern als soziale Leistung vergeben werden.

Wir wollen das duale Ausbildungssystem, welches sich bewährt hat und weltweit vorbildlich ist, erhalten.

Im Sinne eines für alle Bevölkerungsschichten zugängliche öffentliche Bildungs- und Weiterbildungsangebote befürworten wir die Rolle der Volkshochschulen. Das System der VHS hat sich bewährt und bietet der Bevölkerung vielfältige Möglichkeiten der Information über aktuelle wirtschaftliche und politische Vorgänge zur Erweiterung ihres Potentials und zur kreativen Selbstverwirklichung. Das Angebot der Volkshochschulen ist auszubauen. Eine Ökonomisierung darf es jedoch auch in diesem Bereich nicht geben.

## **V. Innere Sicherheit**

### **Gliederung:**

**1. Innere Sicherheit allgemein**

**2. Organisierte Kriminalität**

**3. Terrorismus/Extremismus**

**4. Drogenpolitik**

**5. Datenschutz**

**6. Gesellschaftliche Verwahrlosung**

**7. Wirtschaftskriminalität**

### **1. Innere Sicherheit allgemein**

Wir setzen uns dafür ein, dass die gerechtfertigten Sicherheitsinteressen der Bevölkerung ernst genommen werden. Die Duldung von Kriminalität ist unsozial. Eine Verharmlosung von kriminellen Akten und Akteuren lehnen wir entschieden ab. Die Schwere einer Tat und die Bestrafung stehen manchmal in keinem nachvollziehbaren Verhältnis zueinander. Dieses gilt insbesondere für Körperverletzungsdelikte und Straftaten gegen das Leben. Grundlegend ist anzumerken, dass der Resozialisierung eine der Schwere der Tat angemessene Strafe vorausgehen muss, welche eine abschreckende Wirkung auf den Täter ausübt.

### **2. Organisierte Kriminalität**

Das Problem der Organisierten Kriminalität ist nach wie vor virulent und verschärft sich weiter. Die Strafmaße für typische Delikte der organisierten Kriminalität sind zu verschärfen. Außerdem muss es die Politik als ihre Aufgabe betrachten, der Polizei im Kampf gegen kriminelle Organisationen den Rücken zu stärken. Es sind die Kriminellen, welche kontrolliert werden sollten, und nicht unsere Polizistinnen und Polizisten, welche im Kampf gegen die Kriminalität täglich ihr Leben riskieren.

In diesem Zusammenhang fordern wir eine stärkere Bekämpfung der politischen Korruption. Dieses Thema muss enttabuisiert und entschlossen angegangen werden.

Zur nachhaltigen Bekämpfung dieser Tendenzen fordern wir eine erweiterte Offenlegungspflicht für die Einkünfte von Amts- und Mandatsträgern. Es muss auch für Mandatsträger strafbar sein, sich bestechen zu lassen.

### **3. Terrorismus/Extremismus**

Der Terrorismus stellt eine akute Gefahr für Deutschland und seine Bevölkerung dar. Allerdings lehnen wir es ab, dass die etablierte politische Kaste ihn als Vorwand für Angstkampagnen nimmt, welche die Bevölkerung von Wirtschaftskrise und Sozialabbau ablenken soll. Durch Abenteuer wie den Einsatz in Afghanistan wurde das Terrorrisiko erhöht, und nicht gesenkt. Dennoch stellt der radikale Islamismus eine reale und ernsthafte Gefahr dar, im Übrigen auch für säkular eingestellte Ausländer mit Migrationshintergrund aus den Ländern des islamischen Kulturkreises. Gegen diese Gefahr ist ein konsequentes Vorgehen der staatlichen Sicherheitsbehörden notwendig.

Notwendig ist ein entschiedenes Vorgehen gegen rechtsextremen Terrorismus.

Wir fragen uns angesichts der aktuellen, mit dem Sozialstaatsangebot des Grundgesetzes unseres Erachtens nicht zu vereinbarenden neoliberalen Politik der etablierten Parteien, ob diese Parteien nicht eine verfassungsrechtlich bedenkliche Politik verfolgen. Eine rasche und grundlegende, dauerhafte Abkehr von dieser Politik ist unseres Erachtens unbedingt notwendig.

### **4. Datenschutz**

Wir unterstützen die Gendatenbank des BKA für Straftäter. Sie hat zur Aufklärung vieler Verbrechen geführt. In Fällen schwerer Verbrechen müssen zwangsweise Massengentest möglich sein.

Im Bezug auf Datenschutz lehnen wir eine plumpe und im Grunde naive Pauschalierung dieses Themenkomplexes ab. Es ist festzustellen, dass es sowohl zu viel, als auch zu wenig Datenschutz gibt. Im Bereich der Bespitzelung und Kontrolle von Arbeitnehmern gibt es zu wenig Datenschutz, während Großbanken, Börsenzockern und reichen Steuerhinterziehern sowie gewöhnliche Kriminellen ein Übermaß an Datenschutzrechten eingeräumt wird, was sie für unsoziale und gesellschaftsfeindliche Umtriebe ausnutzen. Was wir uneingeschränkt ablehnen sind alle Versuche, Pläne und Forderungen, moderne Überwachungsmechanismen nicht zur Bekämpfung der Kriminalität, sondern zur Kontrolle und Bespitzelung der Bevölkerung sowie zur Unterdrückung von Protesten gegen die heutigen eklatanten gesellschaftlichen Missstände zu nutzen.

Eine völlige End-Anonymisierung des Internets lehnen wir entschieden ab, ebenso die Bespitzelung und Kontrolle unbescholtener Bürgerinnen und Bürger, oder von politisch kritisch denkenden Personen.

### **5. Gesellschaftliche Verwahrlosung**

Die eskalierende Verrohung unserer Gesellschaft, die Zunahme sozialdarwinistischer Einstellungen und der Verlust von Gemeinschaftssinn und Solidarität stellen negative Phänomene dar, welche es aktiv zu überwinden gilt.

### **6. Wirtschaftskriminalität**

Wirtschaftskriminalität muss entschlossener als bisher bekämpft werden. Die rechtlichen Möglichkeiten dazu sind schnellstmöglich zu schaffen. Betrügerisches und gesellschaftsschädliches Agieren von Konzernen und Banken sowie auch von einzelnen Managern ist kein Kavaliersdelikt. Die Schädigung von Menschen und Umwelt, das Herunterwirtschaften von Firmen, welche Arbeitsplätze vernichtet und andere illegale Aktivitäten fügen Staat und Gesellschaft großen Schaden zu.

Steuerhinterziehungen im großen Maßstab ein besonders gravierendes und unentschuldigbares Delikt dar. Es muss stärker als bisher geahndet werden, auch durch hohe Geldstrafen.

Denn die massive Hinterziehung von Steuern durch mächtige Wirtschaftsakteure und wohlhabende Einzelpersonen ist mitverantwortlich für das bestehende gravierende Einnahmeproblem des Staates. Die Aufdeckung dieser Kriminalität muss daher eine der Prioritäten staatlichen Handelns darstellen. Es gilt, auch reiche und mächtige Steuerkriminelle nicht weiter zu schonen, sondern sie endlich angemessen zur Verantwortung zu ziehen. Die Fahndungsmöglichkeiten der Finanzämter und der anderen zuständigen Stellen müssen daher konsequent erweitert werden. Die Politik darf Steuerfahndern nicht mehr länger in den Arm fallen, wenn es darum geht, Delikte, die von Superreichen und Großkonzernen begangen werden, effektiv zu verfolgen.

Die rechtlichen Maßnahmen welche gegen Geldwäsche getroffen wurden, sind konsequent anzuwenden und nötigenfalls weiter zu verschärfen.

Weitaus stärker als bisher sind börsenkriminelle Aktivitäten zu ahnden. Gegen Insiderhandel an den Börsen muss entschiedener als bisher vorgegangen werden, er ist auch stärker zu bestrafen. Auch hier ist in besonderem Ausmass das Mittel der Geldstrafe anzuwenden, um so eine möglichst effektive abschreckende Wirkung zu erzielen.

Die stärkere Ahndung von Wirtschaftskriminalität stellt einen notwendigen und sinnvollen Beitrag zu einer Bekämpfung des entfesselten, sozial ungebundenen Kapitalismus heutiger Tage dar und wird somit einen wichtigen Beitrag zur Schaffung einer sozial gerechten Gesellschaft leisten. Wirtschaftskriminellen, welche sich bisher allzu oft der Protektion gewisser und gewissenloser etablierter politischer Kreise sicher sein konnten, muss im Interesse der Bevölkerung zukünftig unmissverständlich deutlich gemacht werden: Verbrechen lohnt sich nicht!